

# Wenn die Rechnung nicht mehr aufgeht

🕒 Lesezeit: 9 Minuten



Bild: Andrea Zahler

Überall steigen die Preise. Wer sich bis jetzt knapp über Wasser halten konnte, droht nun in die Armut abzurutschen.

Von **Tina Berg** und **Katharina Siegrist**

Veröffentlicht am 15. September 2023 - 06:00 Uhr

Als der Beobachter Anfang Jahr die Abopreise erhöhte, erhielten wir zahlreiche Rückmeldungen. Man spüre die steigenden Kosten überall, hiess es. Der Lohn, die AHV – das reiche alles nirgends mehr hin. Der Beobachter erfuhr einmal mehr unmittelbar, was es heisst, wenn Menschen zirkeln müssen, damit das Geld bis Ende Monat reicht. Es kam auch zu Abokündigungen.

Wer einen Preisaufschlag von 20 Franken schon so empfindlich spürt im Portemonnaie, dürfte unter starkem finanziellen Druck stehen. Geht es heute mehr Menschen so als vor ein paar Jahren? Noch lässt sich das nicht aus den Statistiken des Bundes herauslesen.

Die Zahl der Armutsbetroffenen und Armutsgefährdeten hat sich nicht wesentlich verändert. Doch die neusten Daten stammen von 2021. Seither ist viel passiert: Miete, Lebensmittel, Energie – überall sind die Preise gestiegen. Das hat zweifellos Spuren hinterlassen.

## Weitere Artikel zum Thema «Steigende Kosten»

✓ Mehr anzeigen

Wir haben mit Leuten gesprochen, die trotz Arbeit heute nur noch händeringend durchkommen. Alle ihre Namen sind erfunden. Für einige von ihnen war bereits der Gang zum Sozialdienst erniedrigend, andere wollen nicht, dass man von ihren finanziellen Sorgen erfährt. Auch Julia Meier heisst eigentlich anders.

### Julia Meier



Quelle: Andrea Zahler

Alter: 48

Lebenssituation: alleinstehend

Beruf: arbeitet in einem Altersheim

Einkommen: netto 2490 Franken

Grosse Budgetposten: Miete 1047 Franken, Krankenkasse 325, ÖV-Abo 200, Hausratversicherung 255

Was sie sich nicht mehr leisten kann: Ferien

Worauf sie nicht verzichten möchte: auf Coiffeurbesuche und zweimal im Jahr Mèchen

Lange hatte Julia Meier aus dem Kanton St. Gallen keinen regelmässigen Lohn. Sie arbeitet in der Gastrobranche. Sie wünschte sich einfach nur, am Ende des Monats immer den gleichen Batzen auf dem Konto zu haben. Als sie vor ein paar Jahren trotz Arbeit nicht über die Runden kam, blieb ihr nur der Gang zum Sozialdienst.

Dort ergänzte man ihren Lohn, bis sie beruflich aufstocken konnte. «Das in Anspruch nehmen zu müssen, war etwas vom Schlimmsten für mich. Ich fühlte mich total randständig. Es war demütigend», erinnert sich die 48-Jährige.

Mittlerweile hat sie endlich eine geregelte Arbeit in einem Altersheim, verdient jeden Monat 2490 Franken. Sie hat keine Schulden, keine Beteiligungen, keine staatliche Unterstützung. Aber auch keine Ersparnisse. Oft kann sie bei ihrer Schwester mitessen, das hilft. Als Gegenleistung putzt sie dort ein bisschen.

Ihre Schwester griff ihr auch schon bei einer Steuerrate unter die Arme. Als kleinen Luxus gönnt sich Julia Meier zweimal im Jahr Mèchen beim Coiffeur. Es geht ihr gut. Aber es bleibt die ständige Angst vor dem nächsten «Hammer».

### **«Ich merkte, dass ich in finanzielle Not geriet, und musste wieder zum Sozialdienst.»**

**JULIA MEIER**

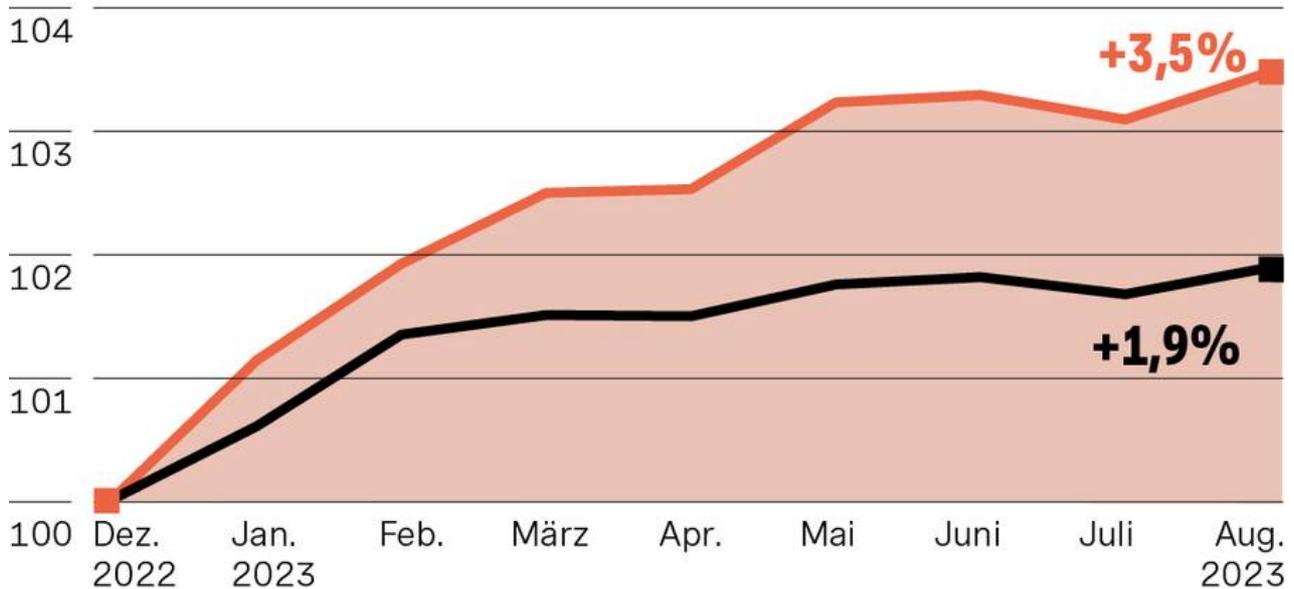
Letztes Jahr schlug er zu – mit voller Wucht. Wegen hoher Gesundheits- und Zahnarztkosten war sie sowieso schon knapper dran als sonst. Und dann kam Ende Jahr eine Nebenkostenrechnung über 1200 Franken. «Ich merkte, dass ich in finanzielle Not geriet, und musste wieder zum Sozialdienst.» Dort half man ihr, die Fixkosten wie etwa die Hausratversicherung zu senken. Und bei Hilfswerken wie der Winterhilfe und SOS Beobachter um Unterstützung anzufragen.

Julia Meier arbeitet. Trotzdem ist sie armutsgefährdet. So geht es in der Schweiz laut Bundesamt für Statistik [↗](#) 279'000 Personen. Das sind 7,4 Prozent aller Erwerbstätigen. Von deren Löhnen hängen weitere Leben ab, diejenigen von Kindern, Partnern und oft sogar von weiteren Menschen. Die Caritas schätzt, dass es deshalb fast 650'000 Personen sind, die in Haushalten leben, die trotz Erwerbstätigkeit in Gefahr sind, zu verarmen.

### **Die Inflation trifft vor allem Arme**

■ Der Landesindex der Konsumentenpreise misst die Teuerung anhand mehrerer Hundert Güter, vom Alltagsbedarf bis hin zu Reisen, Physiotherapie oder Glücksspielen.

■ Der Index der Sozialhilfe (Skos-Warenkorb) hingegen umfasst nur den Grundbedarf für das Leben – ohne Miete und Nebenkosten. Seit Anfang Jahr schlägt die Teuerung (indexiert per Dezember 2022) beim Skos-Warenkorb stärker durch als beim Landesindex der Konsumentenpreise – weil etwa Lebensmittel mehr ins Gewicht fallen.



Quelle: Infografik: Anne Seeger | Quellen: BFS, SKOS

Was momentan passiert, beobachtet die [Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe](#) (Skos) genau – weil diese Menschen womöglich bald in der Sozialhilfe landen. «Die Leute werden in die Armut getrieben, wenn sie keine Miete und keine Krankenkasse zahlen können. Das ist die Hauptherausforderung», sagt Skos-Geschäftsleiter Markus Kaufmann.

Zwar seien die Arbeitslosen- und die Sozialhilfequote so tief wie seit Jahrzehnten nicht mehr. «Das steht aber im Widerspruch zu dem, was ich aus den Sozialdiensten vernehme. Nämlich dass mehr Leute anstehen, um an kostenlose Lebensmittel zu kommen.» Diese Nachfrage bei den Abgabestellen habe in der Pandemie sprunghaft zugenommen – und sei seither nicht mehr gesunken. «Das ist für uns schon ein Indikator, dass mittlerweile mehr Leute an der Armutsgrenze leben.»

Seit wenigen Monaten beobachtet Kaufmann zudem etwas Aussergewöhnliches: Die Teuerung schlägt beim Skos-Warenkorb, also beim Grundbedarf für den Lebensunterhalt von Sozialhilfebezüglern, stärker durch als beim generellen Landesindex der Konsumentenpreise. Das gab es in den letzten 15 Jahren nie. Ein wichtiger Grund dafür: Es sind vor allem die Lebensmittel, die teurer geworden sind. Weil Armutsgefährdete einen grösseren Anteil ihres Budgets dafür ausgeben müssen, betrifft sie die Inflation überproportional.

## Daniel Janssen



Daniel Janssen Quelle: Andrea Zahler

Alter: 42

Lebenssituation: alleinerziehend, eine Tochter

Beruf: Koch

Einkommen: 5200 Franken netto

Grosse Budgetposten: Miete 1250 Franken, Krankenkasse 360, Essen 500, Steuern 500, Tagesschule Tochter 510, Auto (Garage, Leasing, Versicherung et cetera) 540, Sparen 400

Was er sich nicht mehr leisten kann: Er kauft kaum mehr etwas für sich selbst.

Worauf er nicht verzichten möchte: auf ein vernünftiges Auto

Daniel Janssen weiss, was das Leben kostet. Ganz konkret. Milchprodukte zum Beispiel: Die seien während der letzten Monate extrem teurer geworden, bis zu 50 Prozent. Oder die Nebenkosten für seine 4,5-Zimmer-Wohnung in einem Vorort einer Berner Kleinstadt: plus 60 Franken pro Monat. Janssen, 42, sitzt am Wohnzimmertisch. Die Tochter ist gerade in den Ferien bei den Grosseltern. Trotzdem schaut die Siebenjährige gleich mehrfach aus Bilderrahmen auf den Vater herunter. Er ist seit fünf Jahren alleinerziehend.

«Alleinerziehende sind besonders armutsgefährdet. Für sie ist es speziell schwer, Arbeit und Betreuungspflichten unter einen Hut zu bringen», sagt Oliver Hümbelin, der Professor an der Berner Fachhochschule ist und zu Ungleichheit und Armut forscht.

Knapp werde es, weil die externen Betreuungskosten in der Schweiz relativ hoch seien und man darum nur Teilzeit arbeiten könne oder wolle.

### «Meinen Job darf ich nicht verlieren.»

**DANIEL JANSSEN**

Auch Daniel Janssen würde sein Pensum gern von 90 auf 80 Prozent reduzieren. Doch finanziell liegt das nicht drin. Glücklicherweise hat er einen verständnisvollen Chef. Er ist Koch, muss aber nur werktags und nie am Abend arbeiten – nicht selbstverständlich in dieser Branche. Er weiss: «Meinen Job darf ich nicht verlieren.»

Dank eiserner Budgetdisziplin bleibt am Ende des Monats etwas übrig, das er beiseitelegen kann. Oder er erfüllt seiner Tochter einen Wunsch. Sie soll überall teilhaben können, geht in den Schwimm- und in den Judokurs. Abstriche macht Janssen bei sich selbst. Viel schiefgehen darf aber nicht.

Wie zum Beispiel während der Pandemie, als er Kurzarbeitsentschädigung bezog und darum 20 Prozent weniger verdiente. Damals machte Janssen Schulden. Die sind zwar abbezahlt. Aber eine zweite Pandemie bräuchte es nicht, damit es finanziell wieder eng würde. Arbeitslosigkeit, ein Unfall oder eine schwere Krankheit sind alles Risiken, die jedermann jederzeit treffen können.

### **Nicht nur Alleinerziehende sind gefährdet**

Statistisch  gesehen, sind neben Alleinerziehenden auch Personen ohne nachobligatorische Ausbildung, allein Lebende und Ausländerinnen und Ausländer armutsgefährdet. Neu sind auch sehr viele Familien betroffen. «Diese Bevölkerungsgruppe ist klassischerweise nicht armutsgefährdet, weil sie meist über ein gesichertes Einkommen verfügt», sagt Armutsforscher Hümbelin. «Doch Familien haben höhere Alltagsauslagen, und gerade die sind im letzten Jahr massiv höher geworden. Zudem befinden wir uns gerade in einem Umfeld stark steigender Wohnkosten.

Es gibt also neue Bevölkerungsschichten, die derzeit eine Armutserfahrung machen.» Auch bestimmte Arbeitsformen und Arbeitsbedingungen erhöhen das Armutsrisiko: Selbständigkeit, befristete Arbeitsverträge, Arbeit auf Abruf oder in kleinen Betrieben.

## Gisela Spitzer

Alter: 52

Lebenssituation: lebt mit dem Partner zusammen, die Kinder sind ausgezogen

Beruf: Reinigungsfachkraft

Einkommen: variierend, im Schnitt 2400 Franken netto pro Monat

Grosse Budgetposten: Miete 650 Franken, Krankenkasse 397, Versicherungen für Auto, Hausrat et cetera rund 500, Essen rund 350, Steuern rund 200, Benzin rund 160

Was sie sich nicht mehr leisten kann: Sie isst nur noch selten Fleisch.

Worauf sie nicht verzichten möchte: auf ein Konzert hin und wieder und auf ihren Wohnwagen, den sie schon seit 21 Jahren hat

---

In gewissen Branchen sind solche Stellen besonders häufig anzutreffen, etwa in der Reinigung. Gisela Spitzer verdient damit rund 2400 Franken. Ende letzten Jahres kamen plötzlich so viele Rechnungen, dass sie nicht mehr weiterwusste. Die Zürcherin hat keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Ihr Existenzminimum wurde auf 2100 Franken berechnet.

Dem akuten Engpass voraus gingen drei schwierige Jahre. Spitzer trug von der Behandlung eines Heilpraktikers einen Schaden am Gleichgewichtsorgan davon. Schwindel, Therapie, schliesslich psychischer Zusammenbruch und Klinik. Nach der Krankschreibung wurde ihre langjährige Festanstellung gekündigt. Heute arbeitet sie wieder. Aber weil es nur einzelne Reinigungsaufträge bei Privaten sind, hat sie keine Pensionskasse mehr, kann nichts auf die Seite legen. Dann das: plötzlich 100 Franken mehr Akonto für Strom, Prämienerrhöhung bei der Krankenkasse, Mietzinserhöhung, teureres Essen und Benzin.

**«Nie hätte ich gedacht, dass ich einmal mit einem Fuss fast im Abgrund stehe.»**

**GISELA SPITZER**

«Ich hatte in meinem Leben nie Schulden», sagt die 52-jährige Gisela Spitzer. «Nie hätte ich gedacht, dass ich einmal mit einem Fuss fast im Abgrund stehe.» Sie fühlt sich alleingelassen. Nicht ernst genommen, weil man ihr Gebrechen nicht sieht.

Der Sozialdienst leitete sie schliesslich an die Stiftung SOS Beobachter weiter, die ihr dabei half, die offenen Rechnungen zu begleichen.

## **Nachfrage nach Sozial- und Schuldenberatungen steigt**

Mit solchen zweckgebundenen Einzelbeiträgen wie von der Winterhilfe, der Caritas oder von SOS Beobachter versuchen sich viele durchzuschlagen. Caritas Zürich hat zum Beispiel im ersten Quartal 2023 75 Prozent mehr finanzielle Unterstützung geleistet als im gleichen Zeitraum im Jahr zuvor. Das erzählt Aline Masé, Leiterin Grundlagen und Fachstelle Sozialpolitik von Caritas Schweiz. Die Nachfrage nach Sozial- und Schuldenberatung sei in vielen regionalen Caritas-Organisationen deutlich höher.

Die Caritas-Märkte verzeichneten 2022 schon ein Rekordjahr, im ersten Halbjahr 2023 stieg der Umsatz nochmals um 20 Prozent. «Seit Corona ist das alles nichts Neues, aber die Nachfrage hat nochmals zugenommen. In der Pandemie konnten sich einige noch über Wasser halten, indem sie von ihren Reserven zehrten. Jetzt kommt aber schon der nächste Hammer obendrauf. Das darf man nicht unterschätzen. Der Puffer ist weg», sagt Aline Masé.

«Die Gefahr, in die Armut abzurutschen, ist deutlich gestiegen. Sie frisst sich in der Gesellschaft nach oben.» Die Leute würden sparen, wo immer möglich – aber man könne ja nicht aufs Wohnen verzichten. Also schränke man sich ein bei der Ernährung, der Gesundheit und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. So stark, dass man die Fixkosten stemmen kann. Das habe dramatische Auswirkungen, nicht zuletzt auf Kinder, die diesen Druck mitbekommen.

## Minah Sadat



Minah Sadat Quelle: Andrea Zahler

Alter: 43

Lebenssituation: verheiratet, zwei Söhne

Beruf: arbeitet im Verkauf

Einkommen: Familieneinkommen total netto 4900 Franken

Grosse Budgetposten: Miete 1874 Franken, Krankenkasse 543, ÖV-Abos rund 300, Handyabos rund 180

Was sie sich nicht mehr leisten kann: Restaurantbesuch zu Weihnachten, Besuche von Freunden

Worauf sie nicht verzichten möchte: Sie hat kürzlich ein Sommerkleid für eine Hochzeit gekauft.

---

Minah Sadat versucht, in der Schweiz Fuss zu fassen. Aber die steigenden Lebenshaltungskosten machen es ihr schwer. Vor knapp zehn Jahren ist sie mit ihrem Mann und den beiden Söhnen aus Afghanistan nach Bern geflohen. Sie kämpften sich aus der Sozialhilfe, beide Eltern fanden Arbeit. In der Logistik und im Verkauf. Zusammen verdienen sie netto 4900 Franken. Der ältere Sohn hat gerade eine Lehre im Detailhandel begonnen, der jüngere geht noch zur Schule.

Ihr Ziel: weg vom Flüchtlingsstatus, endlich einen B-Ausweis. Das würde viele Türen öffnen. Die 43-Jährige könnte ihren Traum verwirklichen und Tramfahrerin werden. Aber den B-Ausweis gibts nur ohne Sozialhilfe. Also nutzt Sadat alle Möglichkeiten, um über die Runden zu kommen, handelt Aufschub oder Ratenzahlungen aus.

Letzten Monat musste ihr Mann bei der Arbeit um einen Vorschuss bitten, weil kein Geld mehr da war, auch nicht für Essen. Es kamen einfach zu viele Rechnungen zusammen, etwa für den Zahnarzt oder das zehnte Schuljahr des Sohnes. Gerade ist eine Mietzinserhöhung von 100 Franken reingeflattert.

**«Früher hatte ich immer wieder Besuch von Freundinnen und Freunden. Jetzt behaupte ich oft, dass ich mehr arbeiten muss. Denn das Essen für die Gäste ist so teuer geworden.»**

**MINAH SADAT**

Um keine Betreibungen zu riskieren, schränken sie sich ein, wo es nur geht. Der Restaurantbesuch zu Weihnachten ist gestrichen. «Früher hatte ich immer wieder Besuch von Freundinnen und Freunden. Jetzt behaupte ich oft, dass ich mehr arbeiten muss. Denn das Essen für die Gäste ist so teuer geworden», sagt Minah Sadat. Der B-Ausweis ist beantragt, sie warten. Bleiben optimistisch. Aber die Angst, dass es finanziell am Ende nicht aufgehen könnte, ist gross.

Für Menschen wie Gisela Spitzer, Daniel Janssen, Julia Meier oder Minah Sadat wären Ergänzungsleistungen (EL), wie es sie bereits für AHV- und IV-Rentner gibt, eine grosse Hilfe, sagt Aline Masé von der Caritas. Die Hilfsorganisation schlug deshalb diesen Frühling vor, dass Ergänzungsleistungen für alle eingeführt werden, deren Einkommen nicht für den Lebensunterhalt reicht. Also auch für Personen im Erwerbsalter. In vier Kantonen – Genf, Solothurn, Tessin und Waadt – gebe es zum Beispiel bereits Ergänzungsleistungen für Familien.

### **Ein Mindestlohn reicht nicht**

«EL für alle sind aus Sicht der Armutsbekämpfung viel effektiver als etwa ein Mindestlohn. Ein Mindestlohn ist wichtig, aber er reicht nicht. Er ist keine Garantie für ein Existenzminimum, wenn zum Beispiel der Haushalt gross ist oder das Arbeitspensum zu klein», sagt Aline Masé. Der Vorteil wäre zudem, dass Ergänzungsleistungen nicht zurückgezahlt werden müssen, wie es teilweise bei der Sozialhilfe der Fall ist. Das führe nämlich oft zu einer Schuldenspirale.

Politisch ist diese Forderung noch nicht aufgegriffen worden. In Bundesbern sind jedoch mehrere andere Geschäfte hängig, die sich mit den steigenden Lebenskosten beschäftigen (siehe «Kostenexplosion: Das tut die Politik»). Gemäss Armutsforscher Hümbelin könnte die steigende Angst der Menschen, sozial abzurutschen, auch die Wahlen im Oktober beeinflussen. «Es gibt Studien, die zeigen, dass Abstiegsängste politischen Parteien in die Hände spielen, die eher traditionelle, bewahrende bis abschottende Agenden verfolgen», so der Berner Professor.

Für Aline Masé von der Caritas besteht jedenfalls dringender Handlungsbedarf: «Gerade für die Leute, die viel arbeiten und alles machen, um nicht vom Staat abhängig zu werden, ist es schlimm, zu sehen, dass es einfach nicht reicht. Für den sozialen Zusammenhalt in der Schweiz ist das keine gute Nachricht.»

---

## Und wohin geht Ihr Geld?

Das Leben kostet, alle wollen unser Geld. Die Krankenkassenprämien steigen, Essen wird teurer, selbst für Fussball braucht es heute ein Abo. Wie viel Geld haben Sie zur Verfügung? Wofür geben Sie es aus? In der neuen Rubrik «Die Abrechnung» wollen wir das Tabu brechen und Menschen erzählen lassen, was sie sich leisten können – und was nicht. Ganz konkret.

Ein Kontoauszug ist immer auch ein Porträt. Zeigen Sie unseren Leserinnen und Lesern ein Bild Ihres Lebens. Gern auch anonym. Lust auf dieses spannende Experiment? Melden Sie sich über [redaktion@beobachter.ch](mailto:redaktion@beobachter.ch)

---

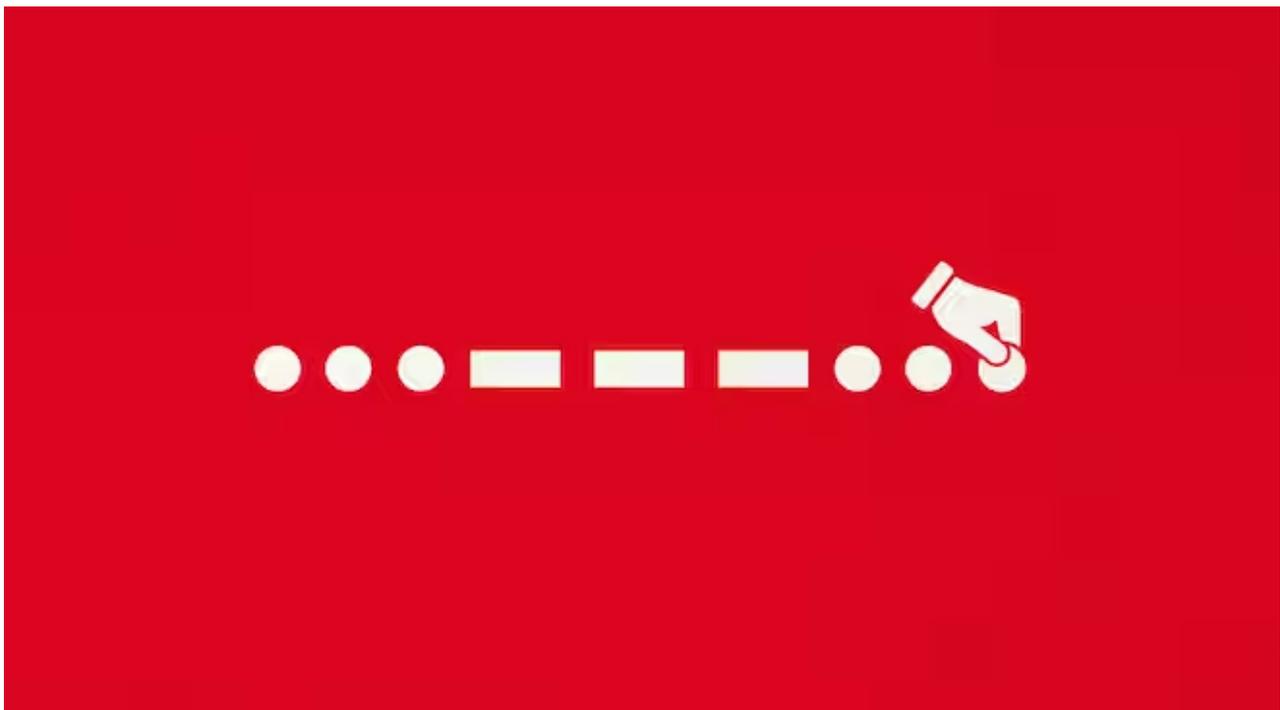
## Weitere Artikel zum Thema «Steigende Kosten»

Sparpotenzial steckt auch in den laufenden Kosten: So reduzieren Sie Ihre Fixkosten

Kostenexplosion: Die Politik sucht nach Lösungen, um diese Entwicklung abzufedern.

---

SOS Beobachter



**JETZT SPENDEN!**

## Wie Sie Armutsbetroffene unterstützen können

Wir gehen verantwortungsvoll mit Ihrer Spende um und prüfen in jedem einzelnen Fall sehr sorgfältig, ob die Hilfe gerechtfertigt und wirksam ist.

**Tina Berg** ist Historikerin und schreibt seit 2018 für den Beobachter. Häufig über Politik, Umwelt und Migration. [Mehr erfahren](#)

**Katharina Siegrist** ist Anwältin und seit 2014 Redaktorin und Beraterin beim Beobachter. [Mehr erfahren](#)

### 5 Kommentare

Sortieren nach:

Neuste zuerst ▾

**Sascha Zürcher**

17.09.2023 - 10:29 Uhr

Als Multimilionär beisst micvh das nicht.

Antwort ausblenden ^

**Ursula Scherrer**

18.09.2023 - 12:12 Uhr

Wie abschätzend diese Aussage von Ihnen ist, allen schwer arbeitenden Leuten gegenüber.

Man fühlt sich wie im Alten Rom. Brot und Spiele damit sich der Pöbel beruhigt.

Ich finde das einfach abscheulich von Ihnen und das im 21. Jahrhundert !

**Sascha Zürcher antworten** ▾

**Beat Kreienbühl**

16.09.2023 - 13:03 Uhr

Bei der Politik heisst es : von 100 Mil. Fr, bleiben in der Schweiz 20 Mil Fr. und 80 Mil Fr. gehen ins Ausland . Entwicklungshilfe ? oder Geld für die Militär- und andere Diktatoren ? Und dann nennt sich noch " die neutrale Schweiz.

**Beat Kreienbühl antworten** ▾

**Ruedi Brunner**

15.09.2023 - 20:13 Uhr

Wenn die Schweiz so weiter macht könnte es mal das ärmste Land von Europa werden.

Vor vielen Jahren hat das mal jemand in einen dünnen Büchlein veröffentlicht. Leider weiss ich nicht mehr wer der Autor war. Aber er könnte eventuell rech haben.

Antwort ausblenden ^

**Ursula Scherrer**

18.09.2023 - 12:15 Uhr

Ich muss Ihnen völlig recht geben, denn das Volk wird systematisch ausgehungert und unterdrückt, wobei sich die Oberen einen schönen Lenz machen. Und das in der ach so "demokratischen", sozialen Schweiz !

**Ruedi Brunner antworten** ▾

## Themen per E-Mail folgen

#Armut

 Folgen

#Sozialhilfe

 Folgen

#Existenzsicherung

 Folgen

**Mehr anzeigen** 